

Ein Rektor, der nicht weiß, was Freiheit ist

Vor wenigen Tagen meldete die Tagespresse: „Dem Deutschen PEN-Zentrum Ost und West, das vom 7. bis 9. Dezember in der Hamburger Universität und dem Künstlerklub „Die Insel“ seine 12. Generalversammlung abhalten wollte, wurden am Mittwoch die Räume dafür verweigert. Auf Initiative des Rektors der Universität, Prof. Dr. Helmut Thielicke, verbot der Hamburger Schul- und Kultursenator, Dr. Heinrich Landahl, jede Veranstaltung des Zentrums auf dem Boden der Universität... Die vom „Deutschen PEN-Zentrum Ost und West“ angesetzte Pressekonferenz wurde von der Kriminalpolizei verboten und aufgelöst.“

Wir versetzen uns nunmehr einige Wochen zurück, sind Ohrenzeuge der Festsprache des obengenannten Professors der Theologie Helmut Thielicke bei seiner Übernahme des Rektorats der Hamburger Universität und hören seine Bemerkungen über die Freiheit:

„Jedenfalls können wir nicht frei sein wollen, wenn wir nicht wissen, was Freiheit ist. Und wir wissen heute nicht mehr, was Freiheit ist...“

Aber warum nicht, Herr Thielicke? ... weil wir über den Menschen und seine Bestimmung im unklaren sind... Man begreift nicht mehr, daß Freiheit nicht nur eine Gabe, sondern auch eine Aufgabe, nicht nur Geschenk, sondern auch Last ist. So sind unzählige heute im Grunde ihrer Freiheit müde, die sie doch nur als Schrankenlosigkeit verstehen. Sie sehnen sich nach „Richtlinien“, die ihnen einen Halt geben.“

Da Sie also, Herr Thielicke, nur die schrankenlose Freiheit und die Freiheit mit Schranken sehen und nicht die wahre Freiheit in der Gesellschaftsordnung, die den Kapitalismus ablöst und in der die Interessen des einzelnen mit denen der Gesellschaft übereinstimmen, würden Sie es jetzt also für angemessen halten, die Zügel etwas straffer zu fassen, respektive „Richtlinien“ zu geben?

„Die wirkliche Freiheit ist... eine bestimmte Form der Bindung, Freiheit und Unfreiheit unterscheiden sich also wie wahre und falsche Bindung.“

Wenn wir Sie recht verstehen, Herr Thielicke, als sie sich die Freiheit nahmen und den Schriftstellern und Literaturwissenschaftlern aus beiden deutschen Staaten die Freiheit nahmen, u. a. eine Podiumsdiskussion zum Thema „Tolstoi – die Krise der Kunst und wir“ zu veranstalten, da hatten sie die richtige Bindung.

„Freiheit gibt es nur, wo man sich der Bindung und Begrenzung bewußt ist. Christliche Freiheit nur dort, wo man in der neuen Bindung der Liebe von Gott ermächtigt wird, alle falschen Bindungen und Begrenzungen zu überschreiten.“

Wie sie das so sagen, Herr Thielicke, ist das – wenn man ihre Bindungen kennt – durchaus einleuchtend. Doch sagen wir's kürzer und prägnanter: Freiheit für wen, das ist die Frage. Und was die Bindungen betrifft, so wissen wir jetzt, daß sie jedenfalls zu den besten deutschen Schriftstellern und Literaturwissenschaftlern keine Bindung haben, sondern eher welche zur Kriminalpolizei des Bonner Staates.

G. L.

Das ärztliche Ethos und seine Verleumder

Prof. Dr. Dietrich Tutzke, Direktor des Hygiene-Instituts, Träger der Hufeland-Medaille, zur Hetzkampagne gegen das sozialistische Gesundheitswesen

Bezug nehmend auf den verleumderischen Beitrag gegen die Arbeitsgemeinschaft Cardiologie unter Leitung von Oberarzt Dr. Herbst (siehe UZ vom 7. Dezember) erklärte Professor Dr. Dietrich Tutzke, Direktor des Hygiene-Instituts, in einem Gespräch mit einem Vertreter unserer Redaktion:

Im „Sonntag“ wurde kürzlich über eine ähnliche Sache berichtet. In einem Informationsblatt, das von einem westdeutschen Arzneimittelwerk herausgegeben wird, erschien ein fingierter Bericht über eine angebliche Veröffentlichung in einer sowjetischen Zeitschrift über die Schaffung eines „künstlichen Uterus“, in dem angeblich menschliche Embryonen mit Eselsblut aufgezogen werden würden. Auf diesen völlig erfundenen Bericht nach einer ebenfalls völlig erfundenen Quelle ist sogar ein bekannter Schweizer Wissenschaftler hereingefallen.

Ebenso wie mit diesem Schwindel, brachte Prof. Dr. Tutzke zum Ausdruck, werde mit dieser neuerlichen Sache – und er verwies auf den vor ihm liegenden Artikel „Operations-soll“ – die wahre Wissenschaft verleumdet. Diese Methoden scheinen jetzt drüben in Westdeutschland zum täglichen Brot derer zu gehören, die antihumanistische Ziele verfolgen. Während sich die Wissenschaftler und Ärzte bei uns nach besten Kräften nicht nur der Erhaltung des Lebens und der Gesundheit, sondern immer stärker auch der Förderung der Gesundheit und der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Menschen widmen, wird von Westdeutschland aus ein ideologischer Kampf auf diesem Gebiet geführt, in dem mit solch plumpen Entstellungen diese Leistungen herabgesetzt werden sollen.

Hier tritt wieder die Frage auf, ist der Arzt nur Arzt oder spielt er eine Rolle im gesellschaftlichen Leben? Natürlich, spielt er diese Rolle. Im Sozialismus und im Kapitalismus nimmt der Arzt eine ganz verschiedene Stellung ein. Aber gerade jetzt wird unternommen, einen Einbruch in diese Erkenntnis zu erzielen, man versucht, Zweifel darüber bei den

Menschen hervorzurufen, während doch in der Tat nur bei uns der Arzt seine hohen humanistischen Aufgaben vorbildlich erfüllen kann.

Das will man nun verächtlich machen durch solche herabsetzende Ausdrücke wie „Produktion“ von gesunden Menschen u. ä. Die Spitze richtet sich dabei ebenso gegen „Produktion“ wie gegen „gesunde“ Menschen; denn in der kapitalistischen Gesellschaft lebt der Arzt in erster Linie von den Kranken. Durch den sich ständig verschärfenden Konkurrenzkampf wird er nicht nur zu einer förmlichen Jagd nach Krankenscheinen genötigt, sondern auch sonst noch zu Dingen verleitet, die dem ärztlichen Ethos fremd sind.

Wer also als Arzt in der kapitalistischen Gesellschaft seinem humanistischen Auftrag voll gerecht werden will, wird zwangsläufig in Konflikte mit ihr gebracht. Die Zahl derer, die sich in einer solchen Situation befinden, ist zweifellos groß. Es gibt offensichtlich aber auch solche Ärzte, die dem humanistischen Inhalt ihres Berufes bereits so fremd geworden sind, daß sie nicht mehr davor zurückschrecken, mangels wirklicher Argumente die humanistischen Ziele unseres Gesundheitswesens und seine Erfolge in schmutziger Weise herabzusetzen.

Und das vom „Sonntag“ veröffentlichte Beispiel, die Angriffe gegen Prof. Uebermuth und die Verleumdungen der Arbeitsgemeinschaft Cardiologie zusammenfassend äußerte Prof. Dr. Tutzke: Es scheint jetzt tatsächlich so, daß eine ausgesprochene Kampagne in dieser Richtung läuft. Er halte es deshalb für sehr gut und nützlich, brachte er weiter zum Ausdruck, daß 1961 eine Vorlesungsreihe für Medizinstudenten begonnen wird, in der sie mit den Problemen des ärztlichen Ethos bekannt gemacht werden. Er selber bereite eine dieser Vorlesungen vor, und zwar über die Stellung des Arztes in der Gesellschaft, in der die gesellschaftlichen Voraussetzungen für das Wirken des Arztes im humanistischen Sinn erläutert werden sollen.

Ende November 1960 übergab der westdeutsche Wissenschaftsrat den Bonner Behörden in Person des Bundespräsidenten Lübke eine Denkschrift zur Krisenlage im westdeutschen Hochschulwesen.

Was seitdem geschah...

Das von Strauß finanzierte Blatt „Deutsche Soldaten-Zeitung“ brachte offen die Absichten des Bonner Generalsstabes für die Pariser NATO-Konferenz zum Ausdruck. Im Leitartikel heißt es: „Wenn neben Amerika und England noch eine dritte (westliche) Atommacht treten sollte, dann müssen wir unsere Ansprüche anmelden, und wir glauben, daß wir uns hier gegenüber Frankreich im Vorrang befinden.“

Und begründet wird das so: „Die Bundesrepublik ist wirtschaftlich die stärkste Festlandmacht. Wenn jemand über die finanziellen Mittel verfügt, die kostspielige Atomwaffenproduktion in eigene Hand zu nehmen, dann sind doch wir es.“

Weiter heißt es: „Wenn wir schon die Rüstung unserer amerikanischen und britischen und französischen Freunde finanzieren sollen, wird es für die eigene ja auch noch langem.“

... und was nicht geschah

Die „wirtschaftlich stärkste Festlandmacht“ unternahm bis heute noch nichts, um die 4,4 Milliarden D-Mark zu bewilligen, die für die Jahre bis 1964 notwendig sind, um die bescheidenen Forderungen der westdeutschen Wissenschaftler zu erfüllen; die unter anderem notwendig sind, um auch solche Mißstände zu beseitigen, wie sie nebenstehend geschildert werden.

WIE LANGE NOCH?

Zurück ins Mittelalter?

die Existenz einer historisch längst überlebten Gesellschaftsordnung zu verlängern.

Und wenn der Verfasser der Leserzuschrift am Schluß fragt, ob die Öffentlichkeit das beabsichtigte Experiment, dessen negativer Ausgang bereits feststehe, zulassen werde, ob Eltern, Wissenschaftler usw. rechtzeitig ihre Stimme dagegen erheben werden, so hat er eigentlich selbst schon prinzipiell die Antwort darauf gegeben: Unsere Erfolge spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Immer mehr strahlt das wissenschaftliche und geistige Leben der DDR auf Westdeutschland aus. Immer mehr wird unsere Republik zum Maßstab des gesellschaftlichen Fortschritts in Deutschland.

Und hier der genannte Beitrag (geringfügig gekürzt):

Im Jahrhundert der Naturwissenschaften werden die naturwissenschaftlichen Fächer aus dem Lehrplan der Oberstufe gestrichen, wie es die geplante Reform der Oberstufe Höherer Lehranstalten vorsieht. In einer Welt, in der naturwissenschaftliche Fragen bis in den intimsten Persönlichkeitsbereich jedes einzelnen eindringen, ihm täglich begegnen und ihn zur Stellungnahme zwingen, sollen die Schüler nichts mehr davon erfahren. Heute, da wir uns in einem Ausmaß synthetischer Produkte (Per-

lon, Plexiglas usw.) bedienen, daß man in Anlehnung an frühere Perioden der Menschheitsgeschichte von einer „Plastikzeit“ sprechen könnte, da die Chemie der Nahrungsmittel zu einem Lebensproblem und zum Tagesgespräch geworden ist, und die Chemieindustrie die Spitze übernimmt, schafft man den Chemieunterricht ja der Oberstufe ab. In einer Zeit, da die biologische Wirksamkeit radioaktiver Elemente eine Streitfrage ist, die Parlamente aufrührt und Regierungen stürzt, in einem Augenblick, da die Gesundheit der jetzigen und der folgenden Generationen an der Frage hängt, ob es gelingt, der chemischen Verseuchung von Wasser, Luft und Boden Herr zu werden, wo das rasche Wachstum der Menschheit Ernährungsprobleme aufwirft, die nur von biologischer Seite gelöst werden können, streicht man Biologie vom Unterrichtsplan.

In welchem Zeitalter leben wir und in welchem die für solche Beschlüsse Verantwortlichen? Der naturwissenschaftliche Fortschritt läßt sich durch Ministerialentscheidungen nicht aufhalten. Wohl aber ist man im Begriff, eine der wichtigsten Bildungsgrundlagen zu zerstören.

Ein Schüler, der 1963 die Schule verläßt, wird nichts mehr wissen von Vererbung, Erbsünden und Bewältigung des Ernährungsproblems

Ein Wort unterschlagen: „gefordert“

Vier neue Hochschulen

Aus: „Berliner Morgenpost“ vom 26. November 1960

Vier neue Universitäten und 1200 neue Lehrstühle

Aus: „Tagesspiegel“ vom 26. November 1960

Großzügige Pläne für die Universitäten

Aus: „Die Welt“ vom 26. November 1960

Wie man sieht, will die Presse Westberlins und der Bundesrepublik den Anschein erwecken, als enthalte die Denkschrift des westdeutschen Wissenschaftsrates nicht dringende Forderungen der Wissenschaftler, die seit Jahren von der Bundesregierung ignoriert werden, sondern als seien die geforderten neuen Hochschulen und Universitäten bereits im Bau, als machten

Und so sieht es wirklich aus!

sich Strauß und Schröder die gleichen Sorgen um die Zukunft der Wissenschaft im Westzonenstaat, als seien die westdeutschen Wissenschaftler mit ihren Forderungen geradezu den Be-

Der seit einem Jahr diskutierte Plan, Bremen zu einer neuen Universitätsstadt auszubauen und hier die 19 Hochschule der Bundesrepublik zu installieren, scheint jetzt endgültig begraben zu sein.

Aus: „Die Welt“ vom 2. Dezember 1960

Arztökammer warnt vor Medizinstudium

KÖLN, 14. November (AP) Der Gesamtverband der Bundesärztekammer hat in einer am Montag veröffentlichten Entschließung erneut nachdrücklich vor dem Medizinstudium und seiner Propagierung gewarnt. Gleichzeitig appellierte er an die Medizinischen Fakultäten in der Bundesrepublik, sich bei der Festsetzung der Zahl der Studienanfänger nur von den jeweils vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten leiten zu lassen.

Aus: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 15. November 1960

Lehrerbildung in Untermiete

Studenten der Pädagogischen Hochschulen klagten über schlechte Raumverhältnisse. In Bensberg liegen die Räume über einem Kfz-Werkstatt, der Zustand ist katastrophal, die Studenten sitzen großenteils auf dem Boden. Auch die Seminare sind überfüllt, ein Duzett für Pädagogen frei. Die Studenten der Pädagogischen Hochschulen haben Empfehlungen an den Landtag und an das Kultusministerium gerichtet, sich an einzelnen Hochschulen zu Lokalmietern einzufinden und sich von den teilweise katastrophalen Zuständen selbst zu überzeugen. In Wiesbaden sind die Pädagogischen Hochschulen durch den Landtag in Untermiete in einem Haus in der Innenstadt untergebracht. Die Pädagogischen Hochschulen haben bisher überhaupt keine Mensen.

Aus: „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. November 1960

senschaft auf Kosten der Atomrüstung größere Mittel zur Verfügung zu stellen. In der Tat denkt Schröder nicht daran, die Einschränkungen der akademischen Freiheit aufzuheben.

Es ist deshalb Sache aller westdeutschen Wissenschaftler und Studenten, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen. Es ist unsere Sache, sie nach besten Kräften dabei zu unterstützen.

nicht – Begeisterung für das Chemiestudium zu erwecken?

Schließlich, auch das darf erwähnt werden, wird jeder verantwortungswolle Fachlehrer in einen ersten Bewusstseinskonflikt gebracht. Er weiß, daß heute naturwissenschaftliche Kenntnisse zum unabdingbaren Rüstzeug jedes Gebildeten gehören, er wird aber wider seinen Willen gezwungen, gegen seine Pflicht zu handeln. Ein Schüler, der später unter diesem Zustand leidet, gibt mit Recht dem Lehrer die Schuld...

Endlich: wird der Rückfall ins Mittelalter gebremst werden können, bevor uns der auch hier sehr fortschrittliche Osten überrollt hat? Will man warten, bis sich bei intensivster naturwissenschaftlicher Ausbildung die Zahl seiner qualifizierten Ingenieure, Chemiker und Biologen gegenüber dem Westen noch weiter multipliziert? Will der Westen ein wissenschaftliches Harakiri begehen? Der Rahmenplan trägt dazu bei.

Wird die Öffentlichkeit dieses Experiment, dessen negativer Ausgang bereits feststeht, zulassen? Werden die Verantwortungsbewußten und Weitsichtigen, Eltern, Professoren, Wirtschaftler, Politiker, rechtzeitig ihre Stimme erheben?

Ver: 3000 unter der Lizenznummer 308 B des Presserates beim Ministerpräsidenten der DDR. – Erscheint wöchentlich, Anschrift der Redaktion: Leipzig C 1, Ritterstraße 21, Telefon 77 71. Sekretariat: App. 164. Bankkonto 25 100 bei der Stadt- und Kreisbank Leipzig. – Druck: L/Z-Druckerei „Hermann Dumcker“, Leipzig C 1, Peterstraße 19. – Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen.

Universitätszeitung, 14. 12. 1960, S. 5